

Die neue Mitte sieht plötzlich alt aus

Obwohl CVP und BDP besser als erwartet abschneiden, stehen sie unter Druck von SP und den Bürgerlichen



Ungewisse Zukunft. Christophe Darbellay (links) wünscht sich erneut ein Zusammengehen mit der BDP, Martin Landolt (Mitte) zögert, und Christian Levrat (rechts) bangt um die Mehrheit für Mitte-Links. Foto Keystone

Von Dominik Feusi, Bern

«Es ist ein Rechtsrutsch, den ich in diesem Ausmass nicht erwartet habe», sagt Christophe Darbellay mehrmals an diesem Abend. Und dann erzählt er die Geschichte, dass er am Mittag auf dem Bahnhof Schwyz von einer älteren Frau gefragt worden sei, wie die Wahlen denn ausgehen würden. Es werde einen «totalen Sieg der SVP» geben, habe er geantwortet. «Die Frau sah dann sehr traurig aus», erzählt Darbellay. Er selbst wirkt nicht traurig dabei.

Und doch: Der Parteipräsident der CVP beschönigt nichts. Er wollte mit seiner CVP zwei Prozent Wähler zulegen und einen Sitz gewinnen. Es war ein bescheidenes Ziel angesichts der historischen Bedeutung der Partei, und man hat es trotzdem verfehlt. Um 0,2 Prozent stieg ihr Wähleranteil, im Nationalrat verlor die Partei einen Sitz, im Ständerat vorläufig ebenfalls einen. Die CVP ist nur noch im Wallis und im Jura, zwei parteipolitischen Sonderfällen, die stärkste Partei. In Luzern, dem letzten Bollwerk der Partei, wurde sie gestern von der SVP überrundet. In der ganzen Innerschweiz dominiert die von Zürich kommende SVP. In den grossen bevölkerungsreichen Kantonen im Mittelland, von Zürich über den Aargau, Bern und bis in die Waadt hat die CVP nur vier von 101 möglichen Sitzen im Nationalrat. In St. Gallen – einst sicherer Wert für einen Ständerat – liegt ihr Kandidat abgeschlagen auf dem fünften Rang hinter einem Grünen.

«Ich bin nicht ganz unzufrieden», sagt Darbellay mehrmals an diesem Nachmittag. Dieser Satz lässt jede weitere Interpretation offen. Er ist beispielhaft für die CVP, die ihre ganze Politik offen lässt. Im Wahlkampf hat sie sich zuerst mit verschiedenen Varianten von «Wir machen uns stark» versucht zu positionieren. Vor zehn Tagen blieb dann nur noch «Orange bringt die Schweiz vorwärts».

«Mitte akut gefährdet»

Darbellay selber sieht das anders. Seine Partei habe einen thematischen Wahlkampf führen wollen, aber die Medien hätten die Themen der CVP nicht aufgreifen wollen. Jetzt seien die Inhalte der «Mitte» akut gefährdet. Darbellay erwähnt den Atomausstieg, die Energiewende oder die Revision der Altersvorsorge. Dass diese drei Themen von der SP so eingefädelt wurden und die CVP als Mehrheitsbeschafferin in den politischen Seitenwagen der Sozialdemokraten stieg, erwähnt er nicht. Vermutlich sieht er es auch nicht so. «Die Mitte ist nun geschwächt», sagt er dafür, «wir müssen das Beste daraus machen.» Es klingt ein bisschen nach

Trotz. Dabei sieht es für die Mitte verglichen mit den Wahlen vor vier Jahren gar nicht so schlecht aus, wenn man einmal von der GLP absieht.

Wie die CVP verlor die BDP im Nationalrat nur einen Sitz. Das ist besser als man aufgrund der Umfragen erwarten konnte. Die Mitte gibt es noch, aber sie ist nicht mehr «neu» wie vor vier Jahren. Ob sie Anspruch auf zwei Bundesratssitze, jenen von Doris Leuthard (CVP) und jenen von Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), hat? Die CVP hat im Wahlkampf immer gesagt, darüber rede man erst nach den Wahlen. Jetzt ist der Zeitpunkt immer noch ungünstig. «Wir haben noch ewig Zeit», sagt Darbellay und lächelt. Zuerst müsse man abwarten, ob Bundesrätin Widmer-Schlumpf noch einmal zur Wahl antrete oder nicht. «Das ist ein Gebot des Anstands.» Rechnerisch besteht der Anspruch nur, wenn die beiden Parteien bis am 9. Dezember zusammengehen. Das sagt der emeritierte Historiker Urs Altermatt, der sich intensiv mit der Geschichte der CVP auseinandergesetzt hat.

Keine Liebesheirat, keine Fusion

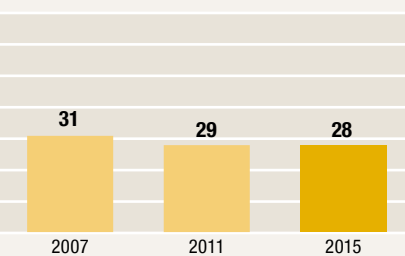
Bei Christophe Darbellay tönt das ähnlich. «Die Zersplitterung ist die grosse Schwäche der Mitte», sagt er. Man werde in den nächsten Wochen über neue Formen der Zusammenarbeit mit der BDP reden müssen. «Das Resultat ist ein Warnruf.» Wie kommen diese neuerlichen Avancen bei der unumworbene BDP an, welche die CVP schon zweimal abgewiesen hat? Deren Präsident Martin Landolt gibt sich gelassen: «Wir sind aufgefordert, uns in der Mitte Gedanken über die Zusammenarbeit zu machen.» Feuer und Flamme für ein Zusammengehen mit der CVP tönt anders. Darauf angesprochen stellt der Glarner Nationalrat klar: «Ich sehe nicht ein, weshalb die BDP mit der CVP fusionieren sollte.» Das tönt wie vor sechs und vor vier Jahren nach Ankündigung einer von aussen aufgezwungenen Verlobung statt nach echter Liebesheirat. Die CVP würde die BDP gerne einverleiben, um aus der katholischen Ecke herauszukommen, in der sie aus geschichtlichen Gründen sitzt. Die BDP – zumal in Graubünden und in Bern – weiss, dass ihr das höchstens schaden kann. Der Kulturkampf zwischen Katholiken und Protestanten ist politisch vorbei, in den Köpfen existiert er weiter. Es war die Basis der BDP, die bis jetzt eine engere Zusammenarbeit mit der CVP ablehnte.

Landolt selbst ist über das Abschneiden seiner Partei «nicht komplett unzufrieden», wie er sagt. Es sei halt schwierig, eine neue Partei zu konsolidieren und in Kantonen Fuss zu fassen, in denen es sie noch gar nicht gebe. «Relativ zu den Grünliberalen und der CVP ist

es uns besser gegangen», sagt er. Seinen Sitz im Kanton Glarus hat er zwar nicht souverän, aber doch klar verteidigt. Auch er sagt, wie sein Pendant bei der CVP, die Medien hätten die Themen seiner Partei – «Energiewende», «Bilaterale Verträge», «Frauenpower» – zu wenig aufgenommen. Dass es vielleicht nicht die richtigen Themen waren, scheidet ihn nicht zu kümmern. Im Sorgenbarometer dominieren seit Jahren die Themen Migration und Arbeitsplätze. Er dreht die Bedenken ins Positive. «Es gibt nach wie vor ein Bedürfnis nach lösungsorientierter Politik in diesem Land», sagt er mit vermutlich bei Christophe Darbellay abgeschautem Anflug von Trotz. Es ist einer dieser typischen Sätze für die Mitte, die man unabhängig vom Wahlergebnis sagen kann. Auch die BDP verpasste ihr Wahlziel deutlich. In der BaZ sagte Martin Landolt, man wolle drei Sitze mehr.

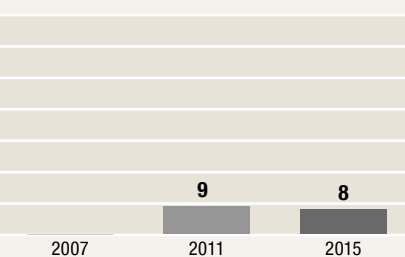
Trotzdem kann Landolt mit dem Verlust eines einzigen Sitzes zufrieden sein. Im Kanton Bern musste er mit einem weiteren Sitzverlust rechnen, weil eine beliebte Nationalrätin nicht mehr antrat und der Kanton einen Sitz weniger zugut hatte. In Graubünden verlor die Partei zwar deutlich an Wählerprozenten, blieb aber von einem Sitzverlust verschont. Ausserhalb der Kantone Graubünden, Bern, Zürich und Aargau bleibt die BDP hingegen völlig unbedeutend. Der Rückhalt für eine Bundesrätin bleibt gering. Aber vielleicht hilft die CVP wieder ohne Gegenstück.

CVP-SITZE IM NATIONALRAT



Stabil. Die CVP verliert einen weiteren Sitz, bleibt aber viertstärkste Fraktion im Nationalrat. Grafik BaZ/mm

BDP-SITZE IM NATIONALRAT



Minus eins. Die BDP verliert im Kanton Zürich einen Sitz. Ihr Ständerat muss in den zweiten Wahlgang. Grafik BaZ/mm

GLP wird Opfer des eigenen Erfolgs

Debakel: Fraktion verliert über die Hälfte ihrer Sitze

Von Daniel Ballmer, Bern

Völlig überrumpelt war Martin Bäumle am gestrigen Wahlsonntag wohl nicht mehr. Und dennoch dürfte der Präsident der Grünliberalen in der Nacht auf heute Montag ganz schlecht geschlafen haben. Mit einem solchen Einbruch hat er kaum ernsthaft gerechnet. Immer und immer wieder sprach er von einem «Worst-Case-Szenario». Und tatsächlich: Die Fraktion mit ihren bisher zwei Ständerats- und zwölf Nationalratssitzen ist auf einen Schlag mehr als halbiert worden. Bei einem Wähleranteil von 4,6 Prozent bleiben bis Redaktionsschluss noch 6 Nationalratssitze übrig. Selbst Bäumle sprach von einem Debakel, das es nun zu analysieren gelte.

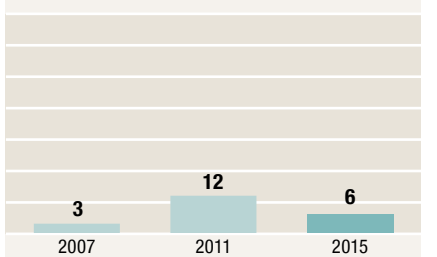
Dass die beiden Ständeratssitze wegfallen, war schon vor dem Sonntag absehbar. Sowohl Verena Diener in Zürich als auch Markus Stadler im Kanton Uri traten nicht mehr zur Wahl an. Im Kanton Uri kam gar keine GLP-Kandidatur mehr zustande. Und im Kanton Zürich ist Parteipräsident Bäumle wie erwartet abgeschlagen. Ob er zum zweiten Wahlgang überhaupt nochmals antreten will, liess er gestern noch offen. So oder so ist absehbar: Die Grünliberalen werden im Ständerat nicht mehr vertreten sein – ein herber Rückschlag für die Partei.

Stolpern endet in Bauchlandung

Die lange erfolgsverwöhnte Mitte-Partei ist schon von Anfang an aus dem Tritt geraten. Bei den Wahlen in Basel, Luzern und sogar in ihrer Hochburg Zürich verlor die GLP Wähleranteile. Einen heftigen Dämpfer setzte es zudem im März ab, als ihre erste Initiative für eine Energiesteuer mit einem Rekord-Nein von 92 Prozent abgeschmettert wurde. Und auch für die nationalen Wahlen sahen die Prognosen nicht gut aus. Nun endete das Stolpern in einer veritablen Bauchlandung.

Das Pendel ist zurückgeschlagen: Durch geschickte Allianzen mit den verschiedensten Partnern gelang es der GLP, mit 5,4 Prozent Wähleranteil zwölf Nationalratssitze zu holen – die Hälfte davon dank Listenverbindungen. Ein Best-Case-Szenario. Präsident Bäumle hatte sich als gewiefter Rechner gezeigt. Während viele Parteien die Bedeutung von Listenverbindungen 2011 noch unterschätzt hatten, gehörten die Grünliberalen zu den grossen Wahlsiegern.

GLP-SITZE IM NATIONALRAT



Veritable Klatsche. Die Grünliberalen verlieren gleich sechs ihrer bisher zwölf Nationalratssitze. Grafik BaZ/mm

Dieses Mal ist alles anders. Dieses Mal ist die GLP die grosse Verliererin. Die anderen Parteien liessen sich nicht mehr so leicht auf Listenverbindungen ein, nachdem sie 2011 zu oft nur Steigbügelhalter der GLP waren. In mehreren Kantonen wollten sich Mitte-Parteien nicht mehr mit der GLP zusammenschliessen. Immer wieder ist diese an den Rand gedrängt worden – ein Opfer des eigenen Erfolgs von 2011.

Überall Federn gelassen

Das hatte konkrete Folgen: So haben die Grünliberalen etwa im Kanton St. Gallen den Sitz von Patientenschützerin Margrit Kessler verloren, im Kanton Thurgau jenen von Thomas Böni und im Kanton Graubünden den Sitz von Josias Gasser. Jedes Mal konnte die GLP nicht mehr von früheren Listenverbindungen profitieren. Ähnlich im Kanton Luzern, wo sich die Grünliberalen in eine Verbindung mit Grünen und SP flüchteten. Genutzt hat es nichts: Auch der Sitz Roland Fischers ist verloren. Und auch in den Kantonen Bern und Zürich muss die Partei Federn lassen: Sie verliert hier jeweils einen Sitz.

GLP-Präsident Bäumle sprach gestern von «der grössten Niederlage seiner Partei», die sehr schmerze. Die nötige Wählermobilisierung sei nicht gelungen: «Gerade Umweltthemen scheinen in der Bevölkerung derzeit nicht prioritär zu sein», sagte Bäumle. Offensichtlich habe die Mobilisierung über andere Themen stattgefunden. Zum selben Schluss kam gestern auch GLP-Fraktionspräsidentin Tiana Moser. Ihre Partei habe zwar ihr Profil schärfen können, aber im Wahljahr habe das Thema Migration dominiert – und nicht Ökologie- und Wirtschaftsfragen. Diese dürften es nun schwer haben im Parlament, konstatierte Bäumle.